

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Name: Verbandsgemeindeverwaltung Weißenthurm,
vertreten durch den Bürgermeister
Anschrift: Kärlicher Straße 4, 56575 Weißenthurm
Telefon: 02637/913-0
E-Mail-Adresse: info@vgwthurm.de
Internet-Adresse: www.vgwthurm.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Name: Lars Weinbach
Anschrift: Kärlicher Straße 4, 56575 Weißenthurm
Telefon: 02637/913-401
E-Mail-Adresse: Lars.Weinbach@vgwthurm.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Zwecke der Verarbeitung:

Schuldner- und Insolvenzberatung, Schuldenregulierungsverfahren

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c, Absatz 2, Absatz 3 DS-GVO in Verbindung mit den §§ 16a SGB II, 11 Absatz 5 SGB XII, 305 Absatz 1 Nr. 1 InsO, 1, 3 AGInsO Rheinland-Pfalz und 8 Absatz 1 Nr. 3 RDG

sowie

Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. a DS-GVO (Einwilligung der betroffenen Person). Soweit eine solche vorliegt, hat die/der Betroffene das Recht, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Intern (Zugriffsberechtigte):

Mitarbeiter/innen Schuldnerberatung, Mitarbeiter/innen Fachbereich Finanzen,
Mitarbeiter/innen Bürgerbüro/Meldewesen, Mitarbeiter/innen Fachbereich Eigenbetriebe

Extern:

Gläubiger/Gläubigervertreter, Gerichte/Gerichtsvollzieher, Staatsanwaltschaften,
Kreditinstitute, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, öffentliche Verwaltungen,
Finanzbehörden, soziale Einrichtungen

5. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Personenbezogene Daten werden 10 Jahre nach vollständiger Erreichung des Erhebungszwecks, d.h. nach Abschluss der Schuldner-/Insolvenzberatung und Schließung der Fallakte (Papier- und elektronische Akte), gelöscht.

6. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:

- * Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- * Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- * Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- * Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauere der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- * Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

7. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz,
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz